

# Zeit

# für

# Grün!

VAN DER BELLEN  VERTRAUEN

Seit mehr als sechs Jahren regiert die ÖVP mit verschiedenen rechtspopulistischen Koalitionspartnern (FPÖ bzw. dann BZÖ). Jetzt versucht sie alle positiven Entwicklungen in Österreich als ihren Erfolg zu vereinnahmen und bestehende Probleme schön zu reden.

Im Umweltbereich wurden unter anderem durch die Kürzung der Ökostromförderungen rückwärtsgewandte Maßnahmen gesetzt.

Während in fast allen europäischen Ländern in den letzten Jahren massiv in die Bildung investiert wurde, haben Kanzler Schüssel und Bildungsministerin Gehrler den Schulen und Universitäten trotz schlechter PISA-Ergebnisse

und den geringsten AkademikerInnenraten in Europa einen strikten Sparkurs verordnet. Die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden.

Die Zeit ist reif für einen Grünen Kurswechsel: Dabei geht es sowohl um die Veränderung der politischen Zielsetzungen und Maßnahmen als auch um den Politikstil.

Vorrangig ist für uns ein Kurswechsel in der Frauen-, Bildungs- und Umweltpolitik sowie bei der Armutsbekämpfung.

Die Grünen sind der Gegenpol zur Ausländerfeindlichkeit, die von FPÖ und BZÖ zum zentralen Thema des Wahlkampfes gemacht werden soll.

Mit Alexander van der Bellen an der

Spitze sind die Grünen die Garantie für eine glaubwürdige, vernünftige und berechenbare Politik.

Das von Schüssel und der alten Rot-Schwarzen Regierung zerstörte Vertrauen in Politik wollen wir zurück gewinnen. Wir zeigen als einzige Partei, dass es auch ohne Machtmissbrauch und Skandale geht.

Nach fast sieben Jahren schwarzblauer Regierung braucht Österreich endlich Veränderung!

An Hand von vier Zukunftsprojekten möchten wir Ihnen unsere Antworten auf die zentralen politischen Herausforderungen näher bringen, die sich in den nächsten Jahren stellen werden.

# Aus dem Gemeinderat

## Liebe TullnerInnen und Tullner!

### Es ist Zeit für einen Regierungswechsel!

Durch meinen Beruf als Sozialarbeiterin, aber auch durch mein Engagement bei den Grünen ArbeitnehmerInnen bin ich täglich mit den Auswirkungen der Sparmaßnahmen dieser Bundesregierung konfrontiert. Wir haben heute eine Rekordarbeitslosigkeit. Seit 2001 steigen die Arbeitslosenzahlen auf die höchsten der Zweiten Republik an, mehr als eine Million Menschen sind in Österreich atypisch beschäftigt. Im Gegensatz dazu ist Österreich zu einem europäischen Steuerparadies für Großunternehmen geworden (Großunternehmen wurden mit Körperschaftssteuersenkung und

Gruppenbesteuerung massiv entlastet). Das heißt das Arbeits- und Sozialsystem wird ausgehungert und Großunternehmen werden bedient. Das ist das klare Ergebnis einer untätigen Regierung! Diese Entwicklung ist vor allem für junge Menschen katastrophal: Wir ziehen eine ganze Generation junger Leute heran, die maximal von Praktikum zu Praktikum herumgereicht und ungenügend bezahlt werden. Diese jungen Menschen haben keine Perspektiven. Wir Grüne haben Programme, die aus dieser Sackgasse führen. Ein Sofortprogramm – eine Aktion 10.000 – soll unmittel-

bar Beschäftigungsverhältnisse für 10.000 Jobeinstieglern schaffen und zwar in den Bereichen Wissenschaft, Umwelt und soziale Dienstleistungen. Nur wenn die Wirtschaftskraft von Menschen mit niedrigen Einkommen gestärkt und der Sozialstandort gefestigt wird, kann Armut verhindert werden. Daher ist unser Rezept eine bedarfsorientierte Grundversicherung und ein gesetzlicher Mindestlohn. Dafür trete ich ein, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geben.

**Liane Marecsek**  
Tullner Kandidatin für die Nationalratswahl am 1. Oktober.



### Unter der Lupe Liebe Tullnerinnen und Tullner!

Im Wahlkampf versucht jede Partei, sich so gut wie möglich darzustellen. Aber was in den letzten Wochen bei den Diskussionen zur Nationalratswahl von der ÖVP propagiert wurde, spottet jeder Beschreibung. Da werden Sparpakete als Entlastung für Kleinverdiener propagiert, da wird mit Zahlen gehandelt, die nur jene Personen nachvollziehen können, die sie sagen. In Wirklichkeit wissen die Wählerinnen und Wähler selbst, was ihnen im Verhältnis zu früher in der Geldtasche bleibt. Wir Grüne sind für die Entlastung der unteren Einkommensschichten. Wir wollen, dass den Menschen mehr Geld bleibt und dass sie in einer sauberen und natürlichen Umwelt leben können. Die Nationalratswahl entscheidet für die nächsten 4 Jahre, welche Politik in unserem Land gemacht wird. Ich kandidiere für die Grünen auf Platz 3 der Bezirksliste und auf Platz 5 der Landesliste. Wenn die Grünen in NÖ 11,43 % erreichen, werde ich im Parlament für die Mehrheit der Menschen in unserem Land eintreten und nicht für Großunternehmen. Geben Sie daher mir und somit den Grünen Ihre Stimme!

GR<sup>n</sup> Liane Marecsek

Besuchen Sie uns doch im Internet  
[www.tulln.gruene.at](http://www.tulln.gruene.at)



Bei einem Informationsstand am Tullner Hauptplatz verteilten die Grünen GemeinderätInnen Liane Marecsek und Mag. Rainer Patzl, die beide auch für den Nationalrat kandidieren, Werbematerial. Besonderes Schmuzzeln ernteten sie dabei für »Grüne Kernenergie« - ein Sackerl Sonnenblumenkerne zum Knabbern.

## Regierungsbilanz

Ich werde öfters darauf angesprochen, dass die Regierung Schüssel im Großen und Ganzen in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet hat, dass Österreich so gut dasteht usw. Diese Meinung kann ich nicht vertreten und möchte dies anhand folgender Argumente begründen:

Die größte Sünde der ÖVP, war es sicherlich die FPÖ mit in die Regierung zu nehmen, eine Partei (zwei Parteien ??)

Reduzierung von Ökostromförderung oder die Ausweitung der Atomforschung, der Ministerin Gehrler zugestimmt hat. Ebenso zeigt sich das die Verkehrsverlagerung auf die Schiene weg von der Straße nur ein Schlagwort ohne Inhalt ist. Bei einem Verkehrsminister dessen scheinbar wichtigstes Projekt Tempo 160 auf den Autobahnen ist, keine Überraschung. Diese Regierung behauptet alle ÖsterreicherInnen zu vertreten.

che Wirtschaftskennzahlen zeigen Österreich irgendwo im (hinteren) Mittelfeld innerhalb Europas und nicht an der Spitze wie es die Regierung den Österreichern immer einreden will.

Im Bildungsbereich hat die Regierung in den letzten Jahren genau das Verkehrte gemacht. Anstatt sinnvolle Investitionen zu tätigen (nirgendwo sonst ist das Geld so gut angelegt wie in der Ausbildung der Kinder) war die Devise anscheinend: Wo kann ich Geld sparen ohne jede Rücksicht auf Verluste. Die PISA Studie hat hingegen gezeigt, dass die Leistungen der österreichischen Schüler immer schwächer werden.

Das Weltbild der ÖVP sieht die Frau gerne zu Hause bei den Kindern, die sich für die Familie aufopfert und den Ehemann unterstützt, wo sie nur kann, ohne sich und ihre Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen.

Alles was in dieses VP-Schema passt wird gefördert und unterstützt, alles was aber von dieser Norm abweicht wird höchstens geduldet. Sei es bei der Steuergesetzgebung, bei der Kinderbetreuung, bei der Zuerkennung von Rechten an Patchworkfamilien oder bei der Verhinderung einer eingetragenen Partnerschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren.

Sie sehen an dieser kurzen Schilderung der Regierungsleistungen der letzten Jahre, dass es höchste Zeit wird Grün bei dieser Wahl zu unterstützen, damit grüne Inhalte stärkeres Gewicht haben.

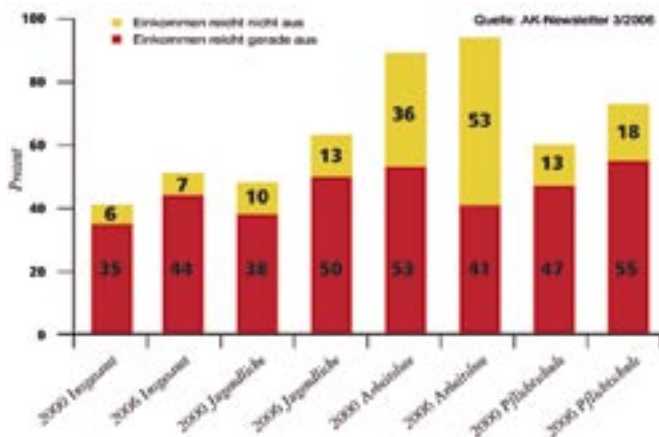
GR Mag. Rainer Patzl



## Aus meiner Sicht

Immer öfter überlege ich, was wähle ich eigentlich am 1. Oktober und damit meine ich nicht welche Partei. Ich wähle die Partei, von der ich mich am besten vertreten fühle. Dabei geht es mir ausschließlich um die Inhalte des Parteiprogramms und die Vorschläge zu deren Umsetzung. Ich gehe davon aus, dass diese Partei ihre geeignetsten Leute auf den wählbaren Listenplätzen reiht. Möchte ich diese Personen mitbestimmen, kann ich ja lange vorher aktiv mitarbeiten und auch an internen Wahlen teilnehmen. Aber vielleicht bin ich auch ganz besonders naiv. Im Wahlkampf wird mir vermittelt, ich entscheide über Personen jedoch am Wahlsonntag kann ich weder den Bundeskanzler, noch die Minister wählen. Trotzdem wird der Wahlkampf immer mehr auf Einzelpersonen – auf Kosten der Inhalte – zugeschnitten, als ob es einzig um deren Karriere ginge. Ich finde das widerlich. »Er kann's« – ja was den? Ich kaufe ja schließlich auch keinen Staubsauger nach den Sympathiewerden des Keilers, sondern ich suche mir ein gutes Produkt aus. Natürlich wird eine vernünftige Firma auch trachten erstklassiges Personal zu haben, aber es darf doch nicht das Wichtigste bei meiner Entscheidung sein.

Erika Simané



Ein Einkommen um damit auszukommen - es schaut schlecht aus in Österreich

über die man nicht viel Worte verlieren muss. Dieser schwache Regierungspartner hat es der ÖVP ermöglicht das Land komplett schwarz einzufärben. Zur Erinnerung: Sozialversicherungen, Polizei, Hochschulen wurden in einer Art und Weise umgefärbt, wie es noch nie zuvor in der 2. Republik geschehen ist.

Gerne präsentiert sich die ÖVP auch als umweltfreundlich, besonders vor Wahlen. Wahr ist aber vielmehr, dass die beschlossenen Gesetze zeigen wie wenig das Thema Umwelt der Regierung ein Anliegen ist. Sei es bei der

Allerdings liegen ihr die großen Unternehmen besonders am Herzen, sie sind HauptnutznießerInnen der Steuerreform 2003. Die Investition der Industriellenvereinigung in Grassers Homepage hat sich scheinbar ausgezahlt.

Die Anzahl der arbeitsgefährdeten Menschen in Österreich ist hingegen in den letzten Jahren deutlich gestiegen (13% der Bevölkerung - siehe Grafik) Ebenso steigt die Zahl der Arbeitslosen seit Jahren (bzw. sie werden in Schulungsmaßnahmen gesteckt um die Statistik schöner aussehen zu lassen). Sämtli-

## Bildungsland Österreich



Abg. z. NR Dieter Brosz

In fast allen europäischen Ländern wurde in den letzten Jahren massiv in die Bildung investiert.

Nicht so in Österreich. Kanzler Schüssel und Bildungsministerin Gehrler haben den Schulen und Universitäten trotz schlechter PISA-Ergebnisse und den geringsten AkademikerInnenraten in Europa einen strikten Sparkurs verordnet. Durch die Einführung von Studiengebühren hat sich die Qualität an den österreichischen Universitäten in keinem Fall verbessert.

In Schulen wurden Begleit-lehrerInnen gestrichen und Klassenschülerhöchstzahlen von mehr als den gesetzlich zulässigen 30 sind keine Seltenheit.

Wir Grüne stehen für eine Trendwende in der Bildungspolitik. Schulen und Universitäten benötigen mehr Geld und strukturelle Reformen. Im Schulbereich plädieren wir für ein Schulsystem, das sich auch mit den Schwächsten auseinandersetzt. Wir fordern deshalb die massive Aufstockung der FörderlehrerInnen. 7.000 zusätzliche Lehrstellen in den nächsten acht Jahren stellen sicher, dass alle Kinder und Jugendliche Unterstützung

und bestmögliche, individuelle Förderung erhalten.

Der Bildungserfolg darf aus Sicht der Grünen nicht länger von der sozialen Herkunft abhängig sein. Die Grünen wollen deshalb von der frühzeitigen Trennung in Hauptschule und AHS-Unterstufe abgehen. Diese Trennung verstärkt soziale Unterschiede. Wir fordern eine gemeinsame Schule der 6 bis 15-Jährigen. Individuelle Förderung steht im Vordergrund.

Österreich braucht mehr und nicht weniger Studierende. Um international konkurrenzfähige Universitäten mit hoher Qualität zu schaffen, muss das Universitätsbudget in den nächsten acht Jahren um 200 Millionen Euro jährlich erhöht werden. Die Studiengebühren werden abgeschafft, denn sie sind eine Form sozialer Selektion.

Demokratische Mitbestimmungsstrukturen an den Universitäten wurden unter der schwarz-blau-orangen Regierung sukzessive beschnitten. Wir treten für die Wiederherstellung dieser Strukturen ein. Allen Beteiligten, von den Studierenden bis zu den Lehrenden, muss ein angemessenes Vertretungs- und Mitspracherecht in universitären Gremien garantiert werden. Übermächtige Universitätsräte sind auf die Aufgaben Kontrolle und Beratung zu reduzieren. Der Senat ist entsprechend aufzuwerten.

Bildung ist wesentlich für die Entwicklung von Zukunftsperspektiven. Die Probleme schön zu reden, hilft nicht. Wir Grünen sind der Meinung, dass Bildung ein kostbares Gut unserer Gesellschaft ist. Dieses Gut gibt es nicht gratis. Dieses Gut gibt es nicht wieder investiert werden.

Dieter Brosz

## Wem nützt das Sitzenbleiben?

Rund 33 000 junge Menschen trifft es:  
Das ominöse Sitzenbleiben.

Die »grosse Bildungsreform«, die wir nach dem 1. Okt anstreben, wird damit Schluss machen.

Denn: Sitzenbleiben nützt niemandem, und kostet enorm viel.

Zwischen 300 Mio und beinahe einer Mrd Euro werden die Kosten geschätzt, je nachdem zu welchen »Preisen« die Schulkosten eines Jahres berechnet werden.

Die Alternative heißt sicher nicht »einfach Aufsteigen«.

Warum nicht so:

Wer in einem oder mehreren Fächern das erforderliche Jahresziel nicht erreicht, muss dieses einfach im nächsten Jahr (oder auch später) nachholen.

Um z.B. zur Matura anzutreten, müssen alle notwendigen Prüfungen nachgewiesen werden. Wann diese abgelegt werden, ist ohne Belang.

Die meisten Unis funktionieren so.

Wenn eine Bildungsreform Individualisierung zum Ziel hat, wird auch eine gewisse Zeitautonomie Einzug halten.

»Sitzenbleiben« ist derart de-



LAbg. (Wien) Mag. Christoph Chorherr

motivierend und teuer, dass es raschest abgeschafft werden soll.

Das hat überhaupt nichts mit »Leistungsfeindlichkeit« zu tun, wie konservative Politiker immer wieder argumentieren.

Die notwendigen Leistungen sollen und müssen erbracht werden. Zeitversetzt, wenn erforderlich.

Das eingesparte Geld (es ist ein Vielfaches der Studiengebühren) sollte an den Schulen bleiben, um jene »Individualisierung« zu finanzieren, welche die Alternative darstellt.

Mag. Christoph Chorherr

Dieser Text wurde der Homepage von Christoph Chorherr <http://chorherr.twoday.net/> entnommen. Sie finden dort immer wieder interessante Sachthemen aus verschiedensten Bereichen und die Möglichkeit mitzudiskutieren!

Auf den  gebracht:

Lehrer statt Gehrler!

VAN DER BELLEN  VERTRAUEN

# Zukunft Energiewende

## Energiewende jetzt!

»Atomkatastrophe konnte gerade noch verhindert werden. Erdöl wird immer teurer. Das Klima spielt verrückt. Es droht eine Energiekrise.« Täglich sind wir mit derartigen Horrormeldungen konfrontiert. Ist es nicht der problematische Zustand unserer Umwelt, sind es Pannen und negativen Szenarien der Energieversorgung, die unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Zentraler Schauplatz der Energiekrise ist der Ölpreis. Er bewegt sich zielstrebig auf die 80-Dollar-Marke zu. Auch 100 Dollar erachten Experten

Krisen im Nahen Osten sowie die mittlerweile spürbare Verknappung von Erdöl. Erdöl wird wohl nie mehr billig sein. Auch Österreich hängt am Öltropf. Mehr als vier Milliarden Euro kosten die jährlichen Importe von Erdöl und Mineralölprodukten nach Österreich. Die steigenden Ölpreise werden immer mehr zu einem sozialen Problem.

Eine Million Haushalte heizen mit Öl. Noch einmal so viele mit Gas. Für viele ist Heizen angesichts hoher und noch immer steigender Preise kaum mehr leistbar. Und dennoch

enz und erneuerbare Energie setzt Europa seinen Weg der fossilen Abhängigkeit fort.

Doch anstatt alternativer Energien zu fördern, erlebt die Atomenergie eine Renaissance. Die Atomlobby versucht, sich als »saubere« und kostengünstige Alternative zum Öl zu positionieren. Auf dem jüngsten G8-Gipfel wurde die Bedeutung der Kernenergie unterstrichen.

Eine Ausbau-Offensive von Atomkraftwerken in Europa ist bereits beschlossen. Großbritannien will neue AKW bauen. Polen denkt laut über den Einstieg in die Atomkraft nach. In Tschechien (Temelin), der Slowakei (Mochovce), Slowenien (Krsko) und Ungarn (Paks) sollen Atomkraftwerke ausgebaut werden.

Doch Atomkraftwerke sind auch 20 Jahre nach Tschernobyl nicht sicher. Im Juli kam es im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark zu einem schweren Störfall. Die Notstromversorgung des Kraftwerks setzte aus. Der Reaktor wäre fast außer Kontrolle geraten. Im tschechischen AKW Temelin kommt es sowie in anderen AKW, die sich in der Nähe Österreichs befinden, häufig zu besorgniserregenden Zwischenfällen.

Auf Ölkrise und Atomwahn gibt es nur eine Antwort: die Energiewende. Wir müssen von der Abhängigkeit vom immer teurer werdenden Öl wegkommen. Auch die Wiederkehr der Atomenergie in Europa muss unterbunden werden.

Es gilt endlich ins Solarzeitalter aufzubrechen. Das solare Zeitalter baut auf eine erneuerbare Energieversorgung aus Sonne, Biomasse, Wind und Erdwärme.

Die von ÖVP und SPÖ drastisch gekürzte Ökostromför-



Abg. z. NR Dr. Eva Glawischnig

derung muss wiederbelebt werden. Bis 2015 sollen erneuerbare Energien einen Anteil von 85 Prozent an der österreichischen Stromerzeugung erreichen. Energieeffizienz-Programme bewirken, dass der Energieverbrauch ohne Komfortverlust bis 2020 um 20 Prozent gesenkt wird. Passivhäuser werden bei Neubauten zum Standard. Selbst in alten Häusern kann nach erfolgreicher Sanierung bis zu 95 Prozent der Heizkosten eingespart werden.

In den nächsten zehn Jahren sollen 500.000 Ölheizungen durch Pelletsheizungen und Solaranlagen ersetzt werden. Ziel ist es, dass sich Gemeinden selbst mit erneuerbarer Energie versorgen. Statt Ölmultis profitiert die regionale Wirtschaft. Das Geld für unsere Energieversorgung bleibt im Land. Gleichzeitig werden durch all die genannten Maßnahmen zehntausende Arbeitsplätze in Österreich geschaffen.

Wir Grüne wenden uns gegen die veraltete Form der Energiepolitik und bauen auf erneuerbare Energien. Die Zukunft liegt in der Energiewende.

Dr. Eva Glawischnig



nen für den Ölpreis in naher Zukunft als realistisch. Ursachen für den unaufhaltsam erscheinenden Preisanstieg sind: die gestiegene Nachfrage nach Erdöl, die neben den Industrienationen insbesondere von aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie China und Indien kommt, die

steigt der Energieverbrauch ungebremst an. Die Internationale Energieagentur prognostiziert einen Anstieg des Energieverbrauchs in Europa um 30 Prozent bis 2030. Ca. 80 Prozent des Energieverbrauchs der EU basiert auf Öl, Gas und Kohle. Ohne Energiewende in Richtung Effizi-

# Politik menschlicher machen

## Vorrang für Frauen

»Frauenarbeitslosigkeit steigt. Immer mehr Frauen in Teilzeit-jobs. Frauen verdienen um ein Drittel weniger als Männer.« Diese und ähnliche Meldungen haben sich in den letzten Jahren in Österreich gehäuft. Sie stehen in engem Zusammenhang mit der Politik der Bundesregierung. Durch das Auseinanderklaffen von Kündigungsschutz und Kindergeldbezug stehen Frauen nach der Karenz oft ohne Arbeit da. Billige und meist nicht zielgerichtete AMS-Kurse bringen Frauen nicht zurück in die Arbeitswelt sondern höchstens raus aus der Arbeitslosenstatistik. Die seit Jahren steigende Frauenarbeitslosigkeit muss eingedämmt werden. Benachteiligungen am Arbeitsmarkt haben langfristige negative Auswirkungen.

### Vorrang für Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Spezielle Programme für Wie-

dereinsteigerinnen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und gezielte Qualifikationen für Frauen sollen die Jobchancen von Frauen verbessern. Eine Aktion Frauen plus würde zusätzliche 10.000 neue Jobs für Frauen schaffen, indem bei Neuansstellung zwei Drittel der Jahreslohnkosten übernommen werden. Mit einem qualitätsvollen arbeitsmarktpolitischen Paket aus Schulung, Einstiegsberatung und Unterstützung bei der Kinderbetreuung würde 15.000 Frauen der Wiedereinstieg in eine Standardbeschäftigung erleichtert.

### Vorrang für Frauen im Betrieb

Noch immer stoßen viele Frauen im Berufsleben an die sogenannte gläserne Decke und sind daher in Führungsetagen weit unterrepräsentiert. Wir möchten die Wirtschaftsförderung für Betriebe ab einer gewissen Höhe an eine Gleichbehandlungsbilanz der geför-

dernten Unternehmen knüpfen, um Anreize für eine verstärkte Frauenbeschäftigung und mehr Einkommensgerechtigkeit zu setzen. Besonders wichtig ist uns Grünen eine Erhöhung des Frauenanteils in der Universitäts- und Forschungslandschaft.

### Vorrang für Frauen beim Wiedereinstieg

Bei der privaten Arbeitsteilung gibt es nach wie vor eine Schiefelage zulasten von Frauen. Rahmenbedingungen müssen daher so gestaltet werden, dass eine partnerschaftliche Teilung von Familien- und Berufsarbeit möglich ist. Wir Grünen treten für ein einkommensabhängiges Karenzgeld (80 Prozent des Einkommens) für acht Monate pro Elternteil ein. Zusätzlich ist die Schaffung von mindestens 5.000 qualitativ hochwertigen und zeitlich flexibel zugänglichen Kinderbetreuungsplätzen pro Jahr notwendig - spe-



Mag. Brigid Weinzinger

ziell für unter 3-Jährige und in der Nachmittagsbetreuung von SchülerInnen.

Die vielfältigen Benachteiligungen von Frauen zeigen deutlich, dass die Forderung nach gleichem Recht auf Einkommen, Karriere und Selbstbestimmung für Frauen aktueller ist denn je.

Mag. Brigid Weinzinger

## Raus aus der Armut!

Österreich ist ein reiches Land. Bei internationalen Vergleichen hinsichtlich Lebensstandard und Reichtum liegen wir immer im Spitzenfeld. Generell betrachtet stimmt das auch. Aber der Reichtum ist ungleich verteilt. Die Schere bei der Vermögens- und Einkommensverteilung geht immer weiter auseinander und Armut ist in Österreich im Steigen begriffen. Wenn wir von Armut sprechen, dann ist das kein Phänomen, das weltweit gleich aussieht. Deshalb ist Armut nicht mit abgemagerten Menschen gleich zu setzen. Armut heißt, Gefahr zu laufen, den gesellschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Anschluss zu verlieren. Und das betrifft auch

in Österreich viele Menschen. Als Orientierung für Armut gilt die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle, die bei 60 Prozent des Medians der Haushaltseinkommen liegt. In Österreich müssen über eine Million Menschen mit einem Einkommen von weniger als 800 EUR pro Monat auskommen. 460.000 Menschen, davon 114.000 Kinder, sind mit derart erheblichen Einschränkungen konfrontiert, dass sie in verfestigter Armut leben. Das heißt, dass selbstverständliche Dinge wie Miete oder Kleidung nicht leistbar sind.

Wer Armut zu einem „Randgruppenphänomen“ stempeln will, irrt: Knapp 220.000 Menschen müssen in Österreich mit

Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle auskommen, obwohl sie ganzjährig Vollzeit beschäftigt sind. Wer kein Geld hat, kann sich aber auch Ausbildung und Qualifikation nicht leisten, die wesentlich für die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten sind. Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben etwa deutlich geringere Chancen auf eine gute Ausbildung als Kinder aus finanziell abgesicherten Familien.

Wir Grüne sind der Meinung, dass Armut kein Schicksal ist. Deshalb müssen dringendst Maßnahmen gesetzt werden, die raus aus der Armut führen. Eine finanzielle Grundsicherung im Bedarfsfall ist daher

unumgänglich. Anknüpfend am bestehenden Sozialsystem sieht die Grüne Grundsicherung die Ergänzung der Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung, der Notstandshilfe und der Sozialhilfe auf 800 EUR (12 x jährlich) vor. Gleichzeitig muss die Grundsicherung durch ein Mindestlohngesetz abgesichert werden. Kein Mensch soll für seine Arbeit in Österreich weniger als 7 EUR brutto pro Stunde erhalten.

Neben der finanziellen Absicherung müssen durch den Zugang zu sozialen Leistungen, zu Angeboten von Beratung und Betreuung und zu Bildung und Gesundheit Chancen auf die Verbesserung von Lebenssituationen ermöglicht werden.

## Die Volksbefragung zur Tiefgarage kommt!

### Tullner ÖVP lenkt auf Druck der Grünen und der SP ein

Die letzten Meldungen in der Presse haben vermuten lassen, dass die Grünen auf einmal für zusätzliche Parkplätze im Zentrum und zusätzlich für eine Tiefgarage unter dem Hauptplatz wären.

Diese Ankündigungen sind falsch. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass eine Tiefgarage unter dem Hauptplatz weder erforderlich ist, noch von der Bevölkerung gewollt wird. Schließlich gilt noch immer das Ergebnis der Volksbe-

einer Volksbefragung nicht zugelassen. Die ÖVP war wieder einmal am »Durchziehen«.

Wir Grüne haben daraufhin, gemeinsam mit der SPÖ, begonnen Unterschriften für die Abhaltung einer Volksbefragung zu sammeln, um eine Behandlung im Gemeinderat zu erzwingen.

Vor wenigen Wochen wurde mit der verbindlich ÖVP vereinbart, dass es einen einstimmigen Beschluss für eine neuerliche Volksbefragung bei der

völkerung mit unseren Argumenten davon zu überzeugen, dass der Bau einer Tiefgarage in Tulln nicht notwendig ist, da ausreichend Parkplätze im Zentrum vorhanden sind. Das zeigen immer wieder die langen Einkaufsnächte, die dem Vernehmen nach viele Kunden und gute Umsätze bringen.

Eine weitere wichtige Frage, in diesem Zusammenhang ist, ob Tulln eine Einkaufstadt sein möchte oder eine Stadt mit EINEM Einkaufszentrum.



### Grünes Teleskop

Tullns Vizebürgermeister Mag. Eisenchenk ist derzeit eifrig auf Vorzugsstimmenjagd. Sein Hauptargument: Endlich könnte wieder ein Tullner ins Parlament einziehen! Aus diesem Grund sollten ihm möglichst alle TullnerInnen, am besten sogar parteiübergreifend, ihre Vorzugsstimme geben. Dazu ist folgendes anzumerken:

Ich bin überzeugt, dass er auch diesmal scheitern wird. Schon vor 4 Jahren hat er den Einzug als Dritter in der Liste nicht geschafft, jetzt kandidiert er auf Platz 5 und muss sich zusätzlich noch mit BR Höfinger aus Sieghartskirchen duellieren. Dieser hat die Unterstützung des Bauernbundes aus dem ganzen Wahlkreis, nicht nur aus Tulln.

Sollte er wider Erwarten den Einzug doch erreichen, welchen nennenswerten Vorteil hätte Tulln dadurch? Gesetze werden im Parlament für ganz Österreich beschlossen und nicht nur für Tulln. Eine Stimme für Eisenchenk ist daher in erster Linie eine Stimme für die ÖVP. Wer also Eisenchenk wählt, gibt seine Stimme auch Gehrer und obendrein bekämen wir vielleicht noch einmal eine Schwarz-Orange-Blaue Regierung. Resümee: Wollen Sie wirklich das Beste für Tulln, dann wählen Sie am 1.10. Die Grünen

GR Mag. Rainer Patzl.



### Nach wie vor sind wir für einen autofreien Hauptplatz!

fragung aus dem Jahr 1998. Vielmehr hat, so wie es aussieht, unser Druck den Bürgermeister und die ÖVP zum Einlenken in Sachen Volksbefragung gebracht.

Zur Vorgeschichte: In der letzten Gemeinderatssitzung vor dem Sommer sollte die Ausschreibung einer Tiefgarage unter dem Hauptplatz beschlossen werden.

Unmittelbar vor der Sitzung wurde dieser Tagesordnungspunkt aber von der Tagesordnung genommen. Ebenso wurde unser Antrag auf Abhaltung

Gemeinderatssitzung im Oktober geben wird.

Damit aber die Tullnerinnen und Tullner bei der Abstimmung wissen, welche Kosten eine Tiefgarage verursacht, haben sich alle Fraktionen darauf geeinigt, eine kostenlose EU-weite Ausschreibung zu veranlassen sowie die Entscheidung über den Bau an das Ergebnis einer neuerlichen Volksabstimmung zu binden. Für die Oberflächengestaltung soll zu einem Ideen-Wettbewerb eingeladen werden.

Wir sind zuversichtlich die Be-

Man muss sehr aufpassen, dass durch das neue EKZ am Hauptplatz die restlichen Gebiete der Innenstadt nicht an ihrer Attraktivität verlieren. Noch dazu wenn einige Geschäfte ins EKZ übersiedeln.

Zusätzlich werden wir auch darauf achten, dass die Ideen zur Gestaltung des Areals der alten Feuerweherschule nicht nur Ideen bleiben, sondern diesbezüglich auch alle Anstrengungen unternommen werden um diese Projekte umzusetzen.

Mag. Rainer Patzl

# zum Wahntag



Sag doch mal Lindenbaum, wer wird mit wem nach der Wahl eine Koalition bilden?

Wär' ich Hellseher, könnt' ich das beantworten. Es gibt aber welche, die nie zusammen kommen können: Beispielsweise die Grünen in einer Regierung mit FPÖ oder BZÖ.

Gilt auch für FPÖ und BZÖ, so wie die sich aufführen! Der Strache wird mit Westenthaler sicher noch die Klängen kreuzen. Schon wegen dem Wort »freiheitlich«. Beide wollen das Original sein, sind aber wenig originell.

Aber geh, wenn's um die Macht geht ist ja alles möglich.

Genau, also auch schwarz-rot: Gusi's Traum vom Kanzler wird wohl eine Vision bleiben, aber der nimmt sicher auch den Vize! Hauptsache mitten drin, statt nur dabei. Seine »Vielleichtnachsfolgerin« hat ja schon verkündet: »die SPÖ ist zum Regieren da« - egal, was es kostet..

Dem Schüssel wär' das auch recht. Mit den Roten hätte er eine satte Mehrheit und könnte sein Ding ungehindert durchziehen. Und wenn die SPÖ nicht mitmacht, gibt's halt Neuwahlen. Eine bereits erfolgreich umgesetzte Strategie.

Lindenbaum, die SPÖ schwächt zwar ein wenig, aber die Schwarzen dürfen sich ihrer Sache nicht zu sicher sein. Sicher-

heitshalber wird auch mit den Grünen geflirtet. Und gschwind vor der Wahl fährt der Schüssel plötzlich total auf Ökokurs, nachdem er vorher alles eingeschränkt hat, was Öko ist...

Geh, die Glawischnig ist ja schon vergeben. Und so attraktiv ist der Schüssel auch nicht. Eine Koalition mit der ÖVP sollten sich die Grünen trotzdem gut überlegen. Schüssel bleibt immer gefährlich, aber nicht unverwundbar. Siehe die verlorene Wahl zum ORF-Chef! Seither fühlt er sich von allen verfolgt, denn verlieren tut er nicht gern.

Mit seinem Schreckgespenst rot-grün geht er aber ganz gern hausieren, da ist er überhaupt nicht zimperlich. Wobei, die SPÖ macht sich mit ihren komischen Aussagen bei den Grünen auch nicht sehr beliebt! Sicherheitshalber wurde mittels Wahlbündnis das LIF in's Boot geholt!

Das will ich jetzt nicht kommentieren, und den Gusi hat sich die SPÖ eingebildet. Die Roten mit einem Van der Bellen hätten sicher eine satte Mehrheit. Aber Sascha ist ein zum Glück ein echter Grüner!

Genau, so einen findet man bei keiner anderen Partei. Schon gar nicht bei Martin und KPÖ. Leider hat es für die »Piratenpartei« nicht zu einer bundesweiten Kandidatur gereicht. Wäre originell gewesen - vielleicht mit Johnny Depp an der Spitze.

Haha, sehr witzig. Aber Politik ist meist wenig lustig und außerdem: Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen zwei verschiedene Paar Schuhe! Für die Orangen könnte die Devise »Endstation Sehnsucht« lauten. Wär' aber gar nicht so schlecht, denn die vergangene schwarz-oranger Koalition ist mir und vielen anderen eh wie ein schlechter Film vorgekommen.

Ja, wie ein drittklassiger Horrorfilm, nominiert für die »Goldene Himbeere«!

Oder wie ein schlechten Western, lieber Grünspecht, mit Gorbach als patscherem Hilfssheriff! Am 1. Oktober jedoch werden die WählerInnen Regie führen, und für manche Parteien wird's kein Happy-End geben. Denn Wahntag ist Zahntag!

## GRÜNER STAMMTISCH:

Wir treffen uns am  
um 19<sup>30</sup> Uhr  
28. September 2006  
im Gasthaus Goldenes Schiff  
Tulln, Wienerstrasse 10

## Schauen. Vertrauen:

[www.vanderbellen.at](http://www.vanderbellen.at)

»... weil er denkt bevor er spricht.  
... er sich zu sagen traut, dass Leistungen des Staates auch etwas kosten.  
... weil er Energie und nicht Arbeit besteuern will.  
Energie kann ich sparen, Arbeit nicht.  
... weil er nicht »grasgrün« sondern realitätsbezogen ist.«

## Nationalratswahl am 1. 10. 2006:

 **Die Grünen**

**VAN DER BELLEN**  **VERTRAUEN**